

Neue gesetzliche Grundlage für das Energy Sharing nach § 42c EnWG

2. Fachtagung Forschungsprojekt EE-
Gemeinschaften

Felicitas Strauch – 3. Februar 2026



Im Bereich dezentrale Energieversorgung

- Beratung von Herstellern, Projektentwicklern, Betreibern, Energieversorgungs- und Industrieunternehmen
- Planung, Flächenakquise, Genehmigungsverfahren, Netzanschluss, Dauerbetrieb, Stromvermarktung
- Gestaltung, Prüfung und Verhandlung aller erforderlicher Verträge (Flächennutzungs-, Liefer-, Wartungs- und Betriebsführungsverträge, Stromlieferverträge, PPA, etc.)
- Unterstützung der Betreiber bei regulatorischen Pflichten rund um den Betrieb von Erneuerbare-Energien-Anlagen (Stromsteuer, EEG-Umlage, Meldepflichten, Messkonzepte etc.)
- Prüfung und Optimierung innovativer Betriebs- und Geschäftsmodelle

Felicitas Strauch

Rechtsanwältin



Inhalt

1. Normzweck
2. Voraussetzungen der Teilnahme
3. Erleichterungen
4. Pflichten der Netzbetreiber
5. Hürden bei der Umsetzung
6. Fazit



Normzweck

1. Umsetzung von Art. 15a der novellierten Strombinnenmarktrichtlinie (2024/1711) (Recht auf gemeinsame Energienutzung)
 - Verbraucher stärker einbinden und Dekarbonisierung unterstützen.
2. Teilhabe ermöglichen:
 - Haushalte & kleine Unternehmen können EE-Strom – auch unter Nutzung des Netzes – gemeinsam nutzen.
 - „Demokratisierung der Energiewende“
3. Einfache Ausgestaltung der gemeinsamen Nutzung und niederschwelliger Zugang



Voraussetzungen der Teilnahme (1/4)

Teilnehmer (§ 42c Abs. 1 Nr. 1 EnWG):

— **Anlagenbetreiber:**

- natürliche Person oder
- rechtsfähige Personengesellschaft oder juristische Person des Privatrechts, deren sämtliche Mitglieder
 - Letztverbraucher oder
 - Juristische Personen des öffentlichen Rechts sind

— **Letztverbraucher:** Verbraucher, kommunale Einrichtungen, KKMU



Voraussetzungen der Teilnahme (2/4)

Teilnehmer

- **Keine gewerblichen Betreiber** (§ 42c Abs. 1 Nr. 5 EnWG):
 - > Möglich: Gesellschaften, die sich ausschließlich zum Zweck der gemeinsamen Energienutzung zusammenschließen
 - z.B. Bürgerenergiegenossenschaften
 - > Möglich: Kommunale Unternehmen



Voraussetzungen der Teilnahme (3/4)

Anlage:

- EE-Anlage oder Energiespeicheranlage, die ausschließlich Strom aus EE zwischenspeichert
- Keine Leistungsgrenze für Teilnahme

Lieferung erfolgt

- unter Nutzung des öffentlichen Elektrizitätsverteilernetzes
- auf der Grundlage eines Vertrags über die gemeinsame Energienutzung sowie eines Liefervertrages

Keine Vollversorgung geschuldet (§ 42c Abs. 6 EnWG):

- Verbraucher muss Reststrom von anderem Lieferanten beziehen
- Hinweispflicht vor Abschluss des Vertrages



Voraussetzungen der Teilnahme (4/4)

Örtliche Voraussetzungen (§ 42c Abs. 1 Nr. 4 EnWG):

- Anlagen und Verbraucher befinden sich in demselben Gebiet:
 - Juni 2026: Bilanzierungsgebiet eines VNB
 - Juni 2028: Angrenzendes Bilanzierungsgebiet

Messung (§ 42c Abs. 1 Nr. 6, 7 EnWG):

- Erfassung von Strombezug und Erzeugung/Speicherung mit
 - Zählerstandsgangmessung nach § 2 MsbG oder
 - durch eine viertelstündliche registrierende Leistungsmessung



Erleichterungen

Beauftragung externer Dienstleister möglich (§ 42c Abs. 5 EnWG)

- Nur für einzelne Aufgaben erlaubt
 - z.B. Bilanzkreismanagement, Plattformbetrieb, Abrechnungen, Vertragsmanagement
- Dienstleister darf gewerblich handeln

Eingeschränkte Lieferantenpflichten (§ 42c Abs. 7 EnWG)

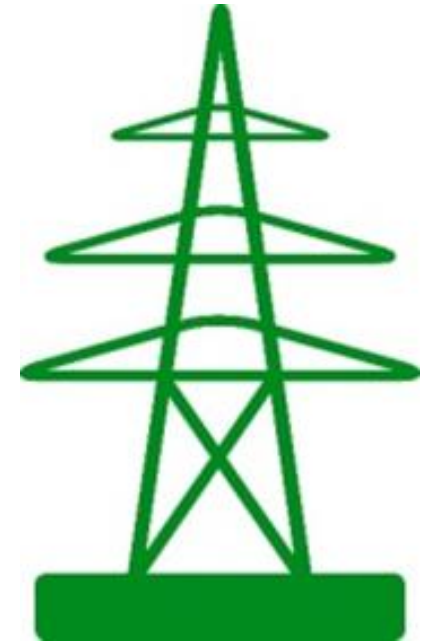
- nur bei Kleinstanlage (30 kW) oder Kleinanlage in Mehrparteienhaus (100 kW)
- Erleichterungen z.B. bei Abrechnungen, Stromkennzeichnung, Vertragsgestaltung
- Bei allen anderen Anlagen gilt volle Palette der Lieferantenpflichten



Pflichten der Netzbetreiber

1. Netzbetreiber muss „sicherzustellen, dass die gemeinsame Nutzung von Elektrizität nach Absatz 1 möglich ist“ (§ 42c Abs. 4 EnWG)

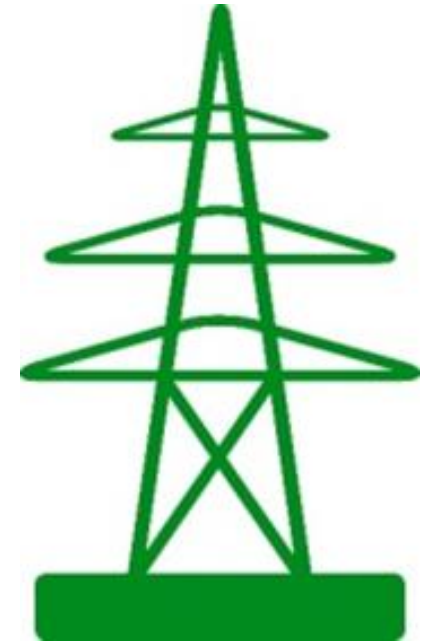
- ab Juni 2026 innerhalb eines Verteilnetzgebiets
- ab 2028 auch in angrenzenden Gebieten derselben Regelzone
- Umfang?
 - › insb. wohl Pflicht, Prozesse/IT so aufzustellen, dass Energy-Sharing-Lieferungen nicht an der Netzzugangs-/Marktkommunikationsabwicklung scheitern
 - › Vorrangiger Einbau von Smart Metern?



Pflichten der Netzbetreiber

2. Regelung zur Schaffung einer IT-Plattform in § 20b EnWG + Festlegung BNetzA

- standardisierte Abwicklung des Netzzugangs, der Marktkommunikation und des Datenaustauschs
- Verfahren auch für Letztverbraucher zu angemessenen Bedingungen einschließlich angemessener Kosten nutzbar werden
- Details in Festlegung der BNetzA



Hürden bei der Umsetzung (1/2)

- Hohe Komplexität durch Netznutzung und Teilbelieferung
 - › Stromversorger und Direktvermarkter müssen bereit sein für Energy Sharing
 - MaKo komplexer als bei Mieterstrom
 - Mangelnde flächendeckende Digitalisierung und uneinheitliche Datenformate erschweren Umsetzung
 - Festlegung der BNetzA notwendig
- Durch Netznutzung fallen Netzentgelte, Umlagen und Abgaben in voller Höhe an (+ Kosten für Plattform und Verwaltung, Dienstleister)



Hürden bei der Umsetzung (2/2)

- Ausnahmen von Lieferantenpflichten nach EnWG nur in eng begrenzten Fällen
 - Nur Ausnahme von Klein- und Kleinstanlagen, sonst trifft Anlagenbetreiber die volle Palette an Lieferantenpflichten
 - Einsatz von Dienstleister möglich, aber verursacht höhere Kosten (Aufschlag auf Strompreis)



Fazit

- Der erste Schritt ist getan und der Weg steht offen für Pilotprojekte
- Aber:
 - Komplexität steigt stark im Vergleich zur Gemeinschaftlicher Gebäudeversorgung, Mieterstrom aufgrund der Netznutzung
 - Bisher wenig finanzielle Anreize für Teilnehmer (z.B. Prämien oder reduzierte Netzentgelte wie in Italien oder Österreich)
 - Kurz- und mittelfristig nur Nischenprodukt?
 - Festlegung der BNetzA und fortschreitende Digitalisierung (Smart-Meter-Rollout, KI-gestützte Prozesse etc.) können Modell massentauglicher machen



Vielen Dank

Felicitas Strauch

Telefon

030 809 24 82 20

Mail

strauch@vbvh.de

Kanzlei

Littenstraße 105
10179 Berlin

